

PROTOKOLL

über die 11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle am Mittwoch, den
19.12.2018,
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: Rat/014/2018
Öffentliche Sitzung: 17:00 Uhr bis 19:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Malte Stakowski

stellv. Vorsitzender

Gerhard Boßmann

Bürgermeister

Reinhard Scholz

Mitglied CDU-Fraktion

Werner Altemöller
Mirco Bredenförder
Karl-Heinz Gerling
Bernd Gieshoidt
Heiko Christian Grube
Gerda Hövel
Harald Kruse
Jan Lütkemeyer
Dieter Niermann
Günter Oberschmidt
Thomas Schulke
Christian Terbeck
Christina Tiemann
Ingo Weinert
Herla Wendelin-Feindt
Michael Weßler

Mitglied SPD-Fraktion

Horst Ballmeyer
Jutta Dettmann
Wilhelm Hunting
Karin Kattner-Tschorn
Annegret Mielke
Mathias Otto
Uwe Plaß
Axel Uffmann
Erich Walkenhorst

ab 19.05 Uhr

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer
Herbert Linnemann-Grundmann, (parteilos)
Silke Meier
Alfred Reehuis
George Trenkler
Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Mittelberg
Peter Spiekermann
Ursula Thöle-Ehlhardt

Mitglied FDP-Fraktion

Johannes Marahrens
Heinrich Thöle

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier
Stadtrat Dirk Hensiek
Stadtbaurat Holger Clodius
StOAR Klaus Leimbrock
StOAR Rainer Mallon
StOAR Karl-Wilhelm Möller
StOAR Uwe Strakeljahn
StOAR Andreas Sturm
StVR Sandra Wiesemann
StAR Jürgen Detmer
StAR Klaus-Peter Kugler
StAR Marco Schiller-Brinker
Dipl.-Ing. Thomas Große-Johannböcke
M.Sc. Guido Kunze
Mediensprecher Jürgen Krämer

ProtokollführerIn

StHS Kerstin Lehnig

Zuhörer

Presse
Zuhörer

Meller Kreisblatt - Herr Franken
drei Personen

Abwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Bernhard Schürmann
Luc Van de Walle

entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 17.10.2018
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Haushalt 2019 / 2020
Vorlage: 2018/0352
- TOP 7 Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2017 - 2023
Vorlage: 2018/0353
- TOP 8 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2017 der Stadt Melle
Vorlage: 2018/0349
- TOP 9 Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 2018/0356
- TOP 10 Benennung von hinzugewählten Personen für den Ausschuss für Bildung und Sport
Vorlage: 2018/0329
- TOP 11 Änderung der Richtlinien des Rates der Stadt Melle über die Ausgabe eines Familienpasses und damit verbundene Vergünstigungen
Vorlage: 2018/0316
- TOP 12 Verordnung über den Mindestabstand von Spielhallen innerhalb der Stadt Melle
Vorlage: 2018/0357
- TOP 13 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Hoyel
Vorlage: 2018/0301
- TOP 14 Satzung der Stadt Melle über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Gebührensatzung Feuerwehr)
Vorlage: 2018/0293
- TOP 15 Friedhofssatzung der Stadt Melle
Vorlage: 2018/0295
- TOP 16 Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Melle
Vorlage: 2018/0345
- TOP 17 Satzung der Stadt Melle über die Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen (Hauskläranlagen und abflusslosen Sammelgruben) für das Kalenderjahr 2019
Vorlage: 2018/0347
- TOP 18 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung für das Kalenderjahr 2019
Vorlage: 2018/0346
- TOP 19 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die Benutzung der Stadtentwässerung für das Kalenderjahr 2019
Vorlage: 2018/0348

- TOP 20 Wohnbauentwicklung Neue Mitte – Nord und Neubau eines Jugendzentrums
a) Projektleitung für die Entwicklung der Wohnbebauung
b) Beauftragung zur Entwicklung eines Jugendzentrums nebst bezahlbarem Wohnraum
Vorlage: 2018/0359
- TOP 21 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Sandhorst", Melle-Bruchmühlen
Beschluss über die Abwägung
Feststellungsbeschluss
Vorlage: 2017/0203
- TOP 22 Bebauungsplan Sandhorst I - Änderung und Erweiterung
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 2018/0203
- TOP 23 Festsetzung der Abgaben für die Benutzung der Wasserversorgungseinrichtungen im Kalenderjahr 2019
Vorlage: 2018/0311
- TOP 24 Wirtschaftsplan des Wasserwerks für die Jahre 2019 und 2020
Vorlage: 2018/0312
- TOP 25 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender begrüßt alle Anwesenden. Er gratuliert allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten. Danach stellt er angesichts der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit von derzeit 37 Ratsmitgliedern und des Bürgermeisters die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die 11. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

- Herr Bernd Meyer informiert, dass er als Stadtführer in Melle tätig sei. In diesem Zusammenhang regt er an, eine zusätzliche Haltemöglichkeit für Busse von außerhalb möglichst am Kreisel (Elsepromenade) in der Nähe des Busbahnhofes einzurichten. Ggf. bestände hier eine Möglichkeit auf den Parkplätzen der naheliegenden Verbrauchermärkte. Herr Clodius teilt mit, dass hier eine Lösung gesucht werde.

Anmerkung nach der Sitzung: Zu diesem Thema sind bereits Abstimmungsgespräche geführt worden. Herr Meyer wurde über diverse Möglichkeiten informiert.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender teilt mit, dass alle Mitglieder des Rates der Stadt Melle darüber informiert worden seien, dass der TOP 14 (Antrag der UWG-Fraktion Melle vom 25.09.2018 zur Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung Vorlage 2018/0350) von der Tagesordnung genommen worden sei. Alle anwesenden Mitglieder des Rates der Stadt Melle sind hiermit einverstanden. Anschließend stellt Vorsitzender die Tagesordnung ohne weitere Einwendungen und Ergänzungen fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 17.10.2018

Das Protokoll wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Bürgermeister informiert, dass Landrat Michael Lübbersmann in der Sitzung des Kreistages den Kreishaushalt 2019 mit einer Senkung der Kreisumlage um drei Punkte eingebracht habe. Dieses sei die Folge des gemeinsamen Vorgehens der 21 Städte, Gemeinden und Samtgemeinden im Landkreis Osnabrück. Bürgermeister begrüßt, dass der Landrat sich trotz der Konsequenzen für den Haushalt des Landkreises solidarisch mit den Anforderungen der kommunalen Haushalte gezeigt habe. Auch die Signale der Politik deuteten darauf hin, dass die Senkung der Kreisumlage Anfang 2019 durch den Kreistag beschlossen werde. Bürgermeister dankt allen Ratsmitgliedern für die Unterstützung und Rückendeckung bei den Verhandlungen. Für die weitere Entwicklung der Stadt Melle sei eine Absenkung der Kreisumlage wichtig und richtig. So habe man nun die Möglichkeit, die Infrastruktur in der Stadt Melle weiter zu erneuern. Dieses betreffe die Einrichtungen, in denen Kinder betreut und beschult würden, sowie Einrichtungen, in denen Sport betrieben werde und Ehrenamtliche zum Wohle aller tätig würden. Bürgermeister erklärt, dass man bei einer Senkung der Kreisumlage um 3,0 Punkte von einem Gegenwert in Höhe von derzeit

jährlich 1,8 Mio. € für die Stadt Melle spreche. Zusätzlich sei eine Beteiligung am Jahresergebnis 2018 eingefordert worden. Der Landkreis habe dieses ebenfalls aufgenommen. In der Sitzung des Kreistages sei ein 6,0 Mio. € Programm für Betreuung und Bildung beschlossen worden. Dieses Programm solle noch in diesem Jahr kassenwirksam werden und bedeute für die Stadt Melle Mehreinnahmen in Höhe von rund 760.000,00 €. Zudem habe man die Verhandlungen über die Neuordnung der Sachkosten für die IGS Melle abschließen können. Seit der Gründung der IGS in Bramsche im Jahr 2015 habe man den Landkreis aufgefordert, die Vereinbarung zwischen dem Landkreis Osnabrück und der Stadt Melle den Bedingungen für die IGS in Bramsche anzupassen. Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses der Stadt Melle in der letzten Woche und im Kreistag vorgestern gäbe es nun die Grundlage für eine neue Regelung, welche rückwirkend ab Januar 2017 in Kraft trete. Die neue Vereinbarung orientiere sich vollständig an den für die IGS Bramsche geltenden Bedingungen. Für die Stadt Melle bedeute dieses eine Verbesserung des Jahresergebnisses 2018 um rund 550.000,00 € und im heute zu beschließenden Doppelhaushalt führe dieses zu einer Entlastung von jeweils 250.000,00 €. Auch hier danke er allen Ratsmitgliedern für die Unterstützung in den letzten Jahren. Bürgermeister erwähnt in diesem Zusammenhang, dass die Verbesserung der finanziellen Lage gut gebraucht werden könnte. So habe der Rat der Stadt Melle die Kindertagesstätten in Wellingholzhausen und Oldendorf mit höchster Priorität in das Sanierungs- und Erweiterungspaket aufgenommen. Gerade an diesen beiden Standorten gebe es große Herausforderungen zu bewältigen. Er freue sich, dass sich für die Kindertagesstätte in Wellingholzhausen eine Lösung abzeichne und Gespräche im Januar geplant seien. Bzgl. des DRK-Kindergartens in Oldendorf habe es bereits einen Termin mit dem Träger und der Ortsbürgermeisterin zur Abstimmung gegeben. Anfang des neuen Jahres werde man den Entwurf vorstellen. Das Konzept beruhe auf einer weiteren Nutzung des vorhandenen Altbaus, welcher dann in Richtung Osten erweitert werden solle. Diese Lösung biete den Vorteil, dass man schnell handeln könne und die Vorgehensweise wirtschaftlicher sei. Derzeit sei diese so geplante Baumaßnahme mit rd. 2,3 Mio. € kalkuliert und sei ca. 500.000,00 € günstiger als eine Neubauvariante. Er dankt allen Beteiligten, die an einer Lösung mitgearbeitet haben. Abschließend bedankt Bürgermeister sich bei allen Mitgliedern des Rates der Stadt Melle und den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr.

TOP 6 Haushalt 2019 / 2020 **Vorlage: 2018/0352**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation (s. Anlage 1). Er teilt ergänzend mit, dass der Haushalt 2019/2020 in der Sitzung des Rates der Stadt Melle am 17.10.2018 eingebracht worden sei. Seitdem habe es einige kleinere Änderungen gegeben, welche eingearbeitet und im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft besprochen worden seien. Eine aktuelle, in den Unterlagen noch nicht enthaltene Änderung, sei die bereits angesprochene Entlastung aufgrund der Regelung bei den Schulsachkosten für die IGS Melle in Höhe von 244.000,00 € für das Jahr 2019 und ca. 250.000,00 € für das Jahr 2020. Dieses werde dann in den kommenden Jahren kontinuierlich in den Finanzplanungen mit aufgenommen.

Herr Kruse bedankt sich beginnend bei allen Beteiligten für die gute und gewissenhaft geleistete Arbeit bei der Aufstellung des Haushaltsplanes. Bei einem so umfangreichen Gesamtwerk sei eine intensive Bearbeitungsphase unter Berücksichtigung der strategischen Ziele, Handlungsschwerpunkte sowie der finanziellen Rahmenbedingung notwendig. In wirtschaftlich positiven Zeiten könne die Stadt Melle auf außergewöhnliche Einnahmen wie insbesondere die Gewerbe- und Einkommenssteuer blicken. Allerdings stände dem ein Volumen für Bau- und Instandsetzungsmaßnahmen in nie da gewesener Größenordnung gegenüber. Hier könnten jedoch noch nicht alle Notwendigkeiten, Wünsche und Erwartungen

erfüllt werden. Mit den Ressourcen des vorhandenen Personals werde in den nächsten Jahren nur ein vorausschauend geplantes Investitionsprogramm möglich sein. Durch steigende Baupreise und Nichtverfügbarkeit von Bauplanern, Ingenieurbüros, ausführenden Firmen usw. werde es Verzögerungen und Änderungen im Ablauf geben. Auch wenn die Stadt Melle Personal aufstocken wolle, sei es derzeit schwierig, geeignete Fachkräfte zu bekommen und es sei daher wichtig, attraktive Arbeitsbedingungen anzubieten. Die Ausweitung des Stellenplanes in mehreren Bereichen sei, obwohl die Personalaufwendungen beachtlich steigen, eine sinnvolle Entwicklung. Ein wichtiges Zeichen sei die Besetzung einer Stelle in der Personalentwicklung. Dadurch verspreche man sich u.a., dass die gut ausgebildeten Nachwuchskräfte in verantwortungsvoller, leitender Position eingesetzt werden können. Herr Kruse informiert, dass sich nach den Haushaltsklausuren der einzelnen Fraktionen die interfraktionelle Runde getroffen habe, um auszuloten, welche Änderungswünsche in den Fraktionen diskutiert werden sollen. In einer zweiten Runde seien die Ergebnisse zusammengetragen worden. Zudem habe es noch aktuelle Änderungen gegeben. Im Folgenden erläutert Herr Kruse die Änderungen zum Haushaltsentwurf 2019/2020 anhand einer Präsentation (s. Anlage). Er teilt mit, dass in der interfraktionellen Runde zudem auch die Notwendigkeit angesprochen worden sei, die Eigenkapitalausstattung in den stadteigenen Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung zu verbessern. So führe es z. B. bei der Solbad Melle GmbH aufgrund des zu sanierenden Daches des Forums zu einem erhöhten Kapitalbedarf. Auch die Wohnungsbau Grönegau GmbH melde aufgrund der Umsetzung der Maßnahme "Melle - Neue Mitte Nord" und anderen Investitionen einen höheren Kapitalbedarf an. Hier seien jedoch noch Abstimmungsgespräche u. a. mit den Mitgesellschaftern zu führen. Auch sei in der interfraktionellen Runde von den Sozialdemokraten der Wunsch nach einem Wohnungsbauförderprogramm für die Stadt Melle erhoben worden. Begründet sei dieses mit den Bedarfen nach bezahlbarem Wohnraum und stehe im Zusammenhang mit der Erstellung von ca. 150 Wohneinheiten im Bereich Neue Mitte Nord. Hier sollen 20% der Wohnungen entsprechend günstig vermietet werden. Für das Förderprogramm sei auf Vorschlag der SPD-Fraktion eine jährliche Summe von 500.000,00 € aufgerufen worden. Auch der Landkreis Osnabrück habe eine Wohnungsbauförderung angekündigt. Einen Beschluss hierüber gebe es jedoch erst in der Sitzung des Kreistages im März 2019. Aus diesem Grund sei in der interfraktionellen Runde besprochen worden, im Doppelhaushalt 2019/2020 derzeit noch keinen Ansatz hierfür aufzunehmen. Es sei abzuwarten, in welcher Form Fördergelder effizient eingebracht werden können. Dieses könne dann in einem frühen Nachtragshaushalt beschlossen werden. Herr Kruse bemerkt, dass er insbesondere aus dem Stadtteil Wellingholzhausen Kritik vernommen habe, da die für 2019/2020 in der mittelfristigen Finanzplanung aufgenommene Maßnahme für den Endausbau der Straße "Brokamp" in das Jahr 2021 verschoben worden sei. Zuvor solle die Erneuerung der Entwässerung in der benachbarten Straße "Gausekamp" durchgeführt werden. Diese Reihenfolge sei nach Auskunft des Fachamtes jedoch unumgänglich. Er schlage vor, in einer Anliegerversammlung die betroffenen Anlieger und Firmen zu informieren und Lösungen aufzuzeigen. Herr Kruse teilt ferner mit, dass sich immer wieder die Frage nach der Gründung eigener Stadtwerke stelle. Hierzu sei den Ratsmitgliedern die Gelegenheit gegeben worden, sich in Nachbarkommunen diesbzgl. zu informieren. Zudem habe der Landkreis Osnabrück die kreiseigene Versorgungseinrichtung vorgestellt. Eine Entscheidung bzgl. eigener Stadtwerke sei noch offen und bedürfe einer sorgfältigen Abwägung. Zudem sei im Kooperationsvertrag zwischen der SPD-, FDP und CDU-Fraktion das Thema "Neubau eines Stadthauses" aufgenommen worden. Die Planungen seien in einem sehr frühen Stadium und die Politik sei hier noch nicht eingebunden. Er betont, dass es wichtig sei, hierzu bis zum Ende dieser Wahlperiode einen Plan zu erstellen. Er bittet alle anwesenden Ratsmitglieder, der vorliegenden Beschlussvorlage zum Haushalt 2019/2020 mit den abgestimmten Änderungen zuzustimmen. Der Doppelhaushalt 2019/2020 ermögliche die Planungssicherheit und eine strukturierte Abarbeitung der Prioritäten. Auf aktuelle Maßnahmen könne man jederzeit mit Nachtragshaushalten reagieren.

Vorsitzender informiert, dass für die nachfolgende Diskussion zum Thema "Haushalt" eine Redezeit von jeweils 25 Minuten für die CDU- und SPD-Fraktion, 15 Minuten für die Bündnis 90/Die Grünen und UWG-Fraktion und 10 Minuten für die FDP-Fraktion vereinbart worden sei. Alle anwesenden Mitglieder des Rates der Stadt Melle sind mit dieser Regelung einverstanden.

Herr Hunting erinnert, dass man sich mit dem Stadtleitbild mit der Überschrift "Melle macht Zukunft" im Jahr 2014 auf den Weg zu einem neuen Steuerungssystem gemacht habe. Dieses neue Steuerungssystem habe sich bei den Haushaltsberatungen als gute Grundlage bewährt. Viele Dinge, welche im heute zu beschließenden Doppelhaushalt 2019/2020 festgeschrieben wurden, seien deutliche Zeichen für die Zukunft. In vielen Debatten zum Haushalt sei es um die Erhöhung der Kreisumlage, die Beteiligung an den Sachkosten für die Kitas und Krippen sowie um die Schulsachkostenbeteiligung für die IGS Melle gegangen. Herr Hunting betont, dass die Meller Sozialdemokraten alle Argumente und Fakten aufgenommen, abgewogen und für die Meller Belange eingesetzt hätten. Zum Thema "Kreisumlage" teilt er mit, dass über die Bemessung im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung des Landkreises in der Kreistagssitzung im März entschieden werde. Es gäbe jedoch eine politische Absichtserklärung der Kooperationsfraktionen im Landkreis, dass die Kreisumlage um drei Punkte gesenkt werden solle. Für die Stadt Melle bedeute das eine Verbesserung im Haushalt von 1,8 Mio. – 2,0 Mio. € jährlich. Zum Thema "Sachkostenerstattungen des Landkreises für die Kitas und Kinderkrippen", weist er darauf hin, dass der Landkreis bereits 2017 hierzu ein Paket in Höhe von 165,0 Mio.€ für den Planungszeitraum 2017-2022 geschnürt habe. Für die Stadt Melle bedeute das eine Darstellung im Haushalt von 3,1 Mio. – 3,3 Mio. € jährlich. Am 17.12.2018 sei im Kreistag die Verbesserung der Sachkostenvereinbarung für die IGS Melle beschlossen worden. Dieses bedeute eine jährliche Entlastung für den Haushalt der Stadt Melle in Höhe von 250.000,00 €. Zudem sei im Kreistag eine Soforthilfe für Kinder, Bildung und Betreuung beschlossen worden, welche zu einer Verbesserung des städtischen Haushaltes rückwirkend für 2018 von 764.600,00 € führe. Herr Hunting unterstreicht, dass alle Eckwerte des Haushalts 2019/2020 der Stadt Melle das Ergebnis der Beratungen in den Fraktionen, dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft sowie den Konsensgesprächen seien. Besonders wichtig für seine Fraktion und von herausragender Bedeutung seien die Kernthemen "Bildung" und "Betreuung". Das Ziel sei die Sicherstellung von Betreuungsangeboten, die Schaffung von räumlichen Voraussetzungen sowie eine qualifizierte Betreuung in den Einrichtungen. Hier habe man in diesem Jahr ein Ausbauprogramm in Höhe von ca. 8,5 Mio. € auf den Weg gebracht. Ein Teil hiervon sei bereits im Nachtragshaushalt 2018 verankert. Der bedarfsgerechte Ausbau und die Sanierung der Schulen sei eine laufende Aufgabe. Hier habe man jedoch auch deutliche Zeichen setzen können. Die finanziellen Grundlagen bei den Investitionen bei den Feuerwehrräusern seien gegeben und es komme nun auf eine zügige Umsetzung an. Dieses gelte auch für den Abbau des Sanierungsstaus bei anderen öffentlichen Gebäuden. Herr Hunting betont, dass die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Wohnraumversorgung und die Weiterentwicklung des Gewerbestandortes Melle wichtig seien. Mit der Prioritätenliste für Sanierung und Ausbau der Gebäude habe man ein gutes Steuerungsinstrument. Dazu gehöre auch eine ständige Aktualisierung des Investitionsprogrammes. Seine Fraktion weise darauf hin, dass die Prioritäten bzgl. der Schulbaumaßnahmen der aktuellen Schülerentwicklung anzupassen sei. Außerdem sehe seine Fraktion die Errichtung einer Mensa in der OBS Neuenkirchen als dringlich an. Ergänzend zum Verwaltungsentwurf des Haushaltes habe seine Fraktion folgende Positionen in die Verhandlungen eingebracht: Die Erhöhung des Sanierungskostenzuschusses für die Erweiterung des Martini-Kindergartens in Buer von 100.000,00 € auf 125.000,00 € bei gleichzeitiger Anpassung der Richtlinie. Hier werde deutlich gemacht, dass man auch weiterhin auf die Mithilfe von kirchlichen und freien Trägern bei der Schaffung von Kita- und Krippenplätzen setze. Die Familienzentren erhielten eine städtische Unterstützung in Höhe von 11.000,00 € für die Jahre 2018, 2019 und 2020. In diesem Zusammenhang sei es unerlässlich, dass man das Gesamtkonstrukt der Kita- und

Krippenfinanzierung im Einvernehmen mit den Trägern neu regeln. Ein großes Anliegen sei zudem die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in allen Stadtteilen. Das Angebot von Wohnungen mit Mietpreisbindung gehe deutlich zurück und man müsse hier gegensteuern. Erfreulich sei, dass die Wohnungsbau Grönegau GmbH bereits plane, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Hier bedürfe es einer hinreichenden Kapitalausstattung. Angesichts des erheblichen Bedarfs an Wohnraum sei gefordert worden, zunächst 500.000,00 € in den Haushalt einzustellen. In den Abstimmungsgesprächen zum Haushalt habe man erreicht, dass es zwischen den Kooperationspartnern Einigkeit gebe, aus dem bevorstehenden Jahresabschluss 2018 bereits Anfang 2019 Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus zur Verfügung zu stellen.

Herr Hunting betont, dass es aufgrund der Betrachtung wesentlicher Parameter eine positive Bewertung des Gesamthaushaltes gebe. Steigende Einnahmen insbesondere bei der Gewerbe- und Einkommenssteuer seien ein Zeichen für die gute wirtschaftliche Entwicklung. Dafür sei man allen daran Beteiligten zu Dank verpflichtet. Die Stadt Melle sei finanziell sehr solide aufgestellt. Die tatsächliche Kreditaufnahme habe in den letzten Jahren wesentlich unter dem geplanten Schuldenstand gelegen. Jahresüberschüsse hätten über den Prognosen gelegen. Um die notwendigen Umsetzungen von Maßnahmen zu gewährleisten, seien die personellen Ressourcen verstärkt bzw. angepasst worden. Abschließend teilt Herr Hunting mit, dass seine Fraktion die Stadt Melle zum Wohle aller Bürger weiter entwickeln wolle. Er dankt allen Beteiligten für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bei der Aufstellung und den Beratungen zum Haushalt 2019/2020.

Frau Tiemann teilt mit, dass eine gute Finanzwirtschaft, d.h. möglichst konstante Einnahmen, und vorausschauende politische Entscheidungen eine wichtige Grundlagen für eine wirtschaftliche und positive Entwicklung einer Stadt seien. Hierfür müssten wichtige Beschlüsse gefasst werden. Um möglichst konstante Einnahmen zu erzielen, brauche man Unternehmen, die erfolgreich arbeiten können. Die Firmen benötigten Rahmenbedingungen, welche für die weiteren unternehmerischen Entwicklungen Unterstützung bieten. Dafür brauche man Ansprechpartner in der Verwaltung. Aus diesem Grund habe man schon lange eine zweite Stelle in der Wirtschaftsförderung befürwortet. Diese sehe der Haushalt 2019/2020 nun vor. Weiterhin sei eine gute Infrastruktur notwendig und genug neue Gewerbegebiete müssten vorgehalten werden. So sei es möglich, neue Investoren sowie gute Fachkräfte und motivierte Schulabgänger nach Melle zu holen. Frau Tiemann führt weiter aus, dass ausreichend Schulen und Kitaplätze mit einer Nachmittagsbetreuung nötig seien, wenn man Arbeitnehmer an die Stadt Melle binden wolle. Mit dem Haushalt 2019/2020 investiere man in Schulen, Sportstätten und Kitas. Hier habe sich die Prioritätenliste bewährt, die eine Reihenfolge vorgebe. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass diese hierfür veranschlagten Beträge eine gute Investition in die Bildung der Kinder sei. Da die entscheidenden Grundlagen in den ersten Schuljahren gelegt würden, seien die Grundschulen sehr wichtig und ein gutes Lernumfeld müsse geschaffen werden. Daher müsse man Standards bei Neu- und Umbauten festlegen. Frau Tiemann betont zudem, dass die Sicherheit der Bürger ein besonders wichtiges Thema sei. Hier gehe es insbesondere um die Freiwillige Feuerwehr. Die dort ehrenamtlich tätigen Feuerwehrfrauen und -männer setzen sich mit ihrer Fachkompetenz für die Meller Bürgerinnen und Bürger in vielen Bereichen ein. Um all diese Einsätze leisten zu können, seien gute Arbeitsbedingungen notwendig. Deshalb sei ihrer Fraktion die Unterstützung der Feuerwehren und die Investition in gut ausgestattete Feuerwehrhäuser, Fahrzeuge und Ausrüstungen wichtig. In 2019/2020 werde man ca. 2,1 Mio. € in die Feuerwehrhäuser Gesmold, Groß Aschen und Wellingholzhausen investieren. Schon in den vergangenen Jahren habe ihre Fraktion vorgeschlagen, mehr Geld für die Umgestaltung des Meller Marktplatzes und Teile der Haferstraße in den Haushalt aufzunehmen. Der Presse habe man entnehmen können, dass der Meller Einzelhandel einen nicht unerheblichen Anteil am regionalen Umsatz des Einzelhandels erwirtschaftete. Dazu müsse die Innenstadt so gestaltet werden, dass sich die Kunden dort wohl fühlen. Aus diesem Grund sei beantragt worden, einen Betrag in Höhe von 200.000,00 € für das Jahr 2020 und 475.000,00 € für das Jahr 2021 in den Haushalt

einzustellen. Wichtig sei, gut abzuwägen, welche Investitionen vorgenommen werden sollen. Entscheidend sei, dass Aufgaben des Landkreises auch weiterhin vom Landkreis getragen würden. Dazu zählten z. B. die Kosten der Familienzentren. Im gemeinsam erarbeiteten Leitbild der Stadt Melle sei festgeschrieben worden, dass man Priorität in die finanzielle Stabilität der Stadt Melle sowie in die Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes setze. Frau Tiemann teilt mit, dass ihre Fraktion sich Gedanken gemacht habe, ob es sinnvoll sei, einen Teil der Schulden abzubauen. Da Melle eine Flächenstadt sei, sei es wichtig, die Grundschulen in allen Stadtteilen zu erhalten. Zudem habe man drei Oberschulen und viele Feuerwehrhäuser. Es sei notwendig, diese Gebäude den aktuellen Standards anzupassen. So gebe es besonders in den Bereichen Brandschutz und energetische Anforderungen Herausforderungen. Es sei wichtig, vorrangig in die Infrastruktur zu investieren. Abschließend teilt Frau Tiemann mit, dass ihre Fraktion dem Beschluss zum Haushalt 2019/2020 zustimmen werde.

Herr Reehuis teilt beginnend mit, dass seine Fraktion sich bei allen Beteiligten für die gute Erarbeitung des Haushaltsentwurfes bedanke. Auch den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen danke er für die konstruktive Zusammenarbeit bei den Beratungen über einen gemeinsamen Haushaltsantrag. Der Doppelhaushalt 2019/2020 stelle einen Rekordhaushalt dar, denn erstmalig werde die 100 Mio. Grenze im Finanzhaushalt überschritten. Möglich sei dieses durch die anhaltende gute Einnahmesituation durch Steuern und Umlagen. Diese Einnahmesteigerungen seien dabei ohne Erhöhung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuern, alleine durch die gute wirtschaftliche Situation zustande gekommen. Alleine die Einnahmen der Gewerbesteuern betrügen in den Jahren 2019 und 2020 über 31,0 Mio. bzw. über 32,0 Mio. €. Herr Reehuis informiert, dass mit steigenden Einnahmen auch die Umlagenzahlungen an den Landkreis stiegen. Alleine die Kreisumlage im Jahr 2019 werde ca. 26,0 Mio. € betragen und dieses mit dem verringerten Hebesatz von 44 Prozent. Es sei richtig gewesen, bei der Haushaltseinbringung von einer Senkung der Kreisumlage um drei Punkte auszugehen. Es sei darauf hinzuweisen, dass die Kreisumlage weiter steigen werde, denn selbst bei der Senkung auf 44 Prozent sinke die Kreisumlage nur einmalig in 2019 leicht und ab 2020 läge sie wieder über dem Wert von 2018. Im Jahr 2023 betrage die Kreisumlage dann vermutlich annähernd 30,0 Mio. €. So führe man also trotz Senkung der Umlagenprozente immer mehr an den Landkreis ab und die Kreisumlage sei der größte Ausgabenfaktor für die Stadt Melle. Herr Reehuis führt weiter aus, dass ein wesentlicher Kostenfaktor mit weiter steigender Tendenz die laufenden Ausgaben für die Kitas seien. Diese stiegen von 2018 auf 2019 um mehr als 12% auf 11,2 Mio. €. Im Jahr 2020 sei man dann schon bei einem Betrag von 11,4 Mio. €. Er betont, dass die laufende Kita-Finanzierung absolut richtig und wichtig sei. Jedoch könne dieses nicht nur zu Lasten der Stadt Melle gehen. Die finanzielle Ausstattung der Kitas sei eigentlich eine Aufgabe des Landkreises. Daher sei es wichtig, mit dem Landkreis auch über den Vertrag zur Kita-Finanzierung zu sprechen und man müsse hier deutliche Forderungen stellen. Ein wesentlicher Kostenfaktor seien zudem die Personalkosten. Diese würden ab dem Jahr 2019 bei über 20,0 Mio. € jährlich liegen. Er stellt fest, dass es auch für die Stadt Melle schwieriger werde, gut ausgebildetes Personal zu bekommen und auch zu halten. Mit dem im Haushalt vorgesehenen Personalentwicklungskonzept wolle man hier zu Lösungsansätzen kommen. Herr Reehuis betont in diesem Zusammenhang, dass aus der Sicht seiner Fraktion der ständige Wechsel des Personals im Umweltbüro nicht gut sei. Hinsichtlich des Klimawandels werde man auch personell die Klimaveränderungen in der Stadtverwaltung managen müssen. Insofern stelle sich gerade im Umweltbüro auch die Anforderung an eine bessere Personalausstattung. Er betont, dass seine Fraktion sich besonders darüber freue, dass für die 850-Jahr-Feier der Ansatz "850 Bäume für Melle" in die Haushaltsberatungen aufgenommen worden sei. Es bestehe so die Möglichkeit, durch ein noch zu entwickelndes Konzept ca. 50.000,00 € für Baumpflanzungen im Rahmen des Stadtjubiläums zur Verfügung zu stellen. Herr Reehuis erläutert, dass im vorliegenden Haushaltsplanentwurf alleine in den Jahren 2019 und 2020 36,5 Mio. € für Investitionen vorgesehen seien. Dabei handele es sich um Pflichtmaßnahmen wie Investitionen in Kitas, Schulbauten,

Feuerwehrrhäuser, Kläranlagen und Straßen. Diese notwendigen Investitionen könnten nicht alle aus dem Cash-Flow finanziert werden. Daher habe man auch eine Erhöhung der Schulden für 2019/2020 um 7,2 Mio. € eingeplant. Man bliebe jedoch immer noch unter 50,0 Mio. € geplanter Schulden. Zudem müsse man darauf hinweisen, dass man in den letzten Jahren immer weniger Schulden aufgenommen habe, als in den Haushaltsplänen vorgesehen war. Angesichts von zusätzlichen Investitionen in Höhe von 36,5 Mio. € sei die geplante zusätzliche Verschuldung von 7,2 Mio. € mehr als vertretbar, da den Schulden die Investitionen in Sachanlagen gegenüber stände. Herr Reehuis informiert, dass im jetzigen Haushaltsentwurf Investitionen im Zusammenhang mit den städtischen Gesellschaften nicht vorgesehen seien. Hier seien noch inhaltliche Beratungen notwendig. Er betont diesbezüglich, dass man bei der Gründung eigener Stadtwerke endlich vorankommen sollte und Entscheidungen getroffen werden müssen. Auch sei die Förderung des Wohnungsbaus im Haushaltsplanentwurf ausgeklammert worden, da hier noch Beratungen notwendig seien. Für die bisher nicht aufgenommenen Investitionen in städtische Gesellschaften könne angemerkt werden, dass im letzten Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft ein voraussichtlicher Jahresüberschuss des Jahres 2018 in Höhe von ca. 6,8 Mio. € zu erwarten sei. Daher könnten durch den Jahresüberschuss 2018 auch weitere Mittel in einem Nachtragshaushalt bereitgestellt werden. Abschließend teilt Herr Reehuis mit, dass seine Fraktion dem vorliegenden Beschluss zustimmen werde.

Herr Thöle teilt mit, dass seine Fraktion dem vorgestellten Verwaltungsentwurf des Haushaltes 2019/2020 zustimmen werde. Wie in den vergangenen Jahren zuvor habe die Stadt Melle im Jahr 2018 Rekordsteuereinnahmen erhalten. Dafür bedanke er sich bei allen Meller Bürgerinnen und Bürgern sowie den Meller Gewerbe- und Industriebetrieben. Nur so sei es möglich, dass die Stadt Melle so viele wichtige Projekte realisieren könne. Zu erwähnen seien in diesem Zusammenhang die Erweiterungen und Neubauten verschiedener Kitas. Die Stadt Melle bringe zudem jedes Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag für die Kitas auf. Dieses Geld sei jedoch sehr gut investiert. Wichtige Projekte seien zudem u. a. die Sanierungen bzw. Neubauten der Schulen, Turnhallen, Feuerwehrrhäuser und Kläranlagen. Herr Thöle betont, dass die finanzielle Situation der Stadt Melle zur Zeit sehr gut sei. Es müsse jedoch bedacht werden, dass die Schulden in den nächsten Jahren anstiegen. Bei mittelfristigen Einnahmeausfällen könne man in eine finanzielle Schieflage rutschen. Er weist zudem auf die Personalkosten hin. Der Stellenplan sei von 2016/2017 bis 2019/2020 um 22 zusätzliche Stellen gestiegen. Es stelle sich die Frage, ob der Zuwachs so weiter gehe und ob dieses ggf. sogar auch notwendig sei. Es kämen ständig neue Aufgaben und Anforderungen auf die Verwaltung zu. Es würden immer wieder externe Dienstleister beauftragt, um alle Maßnahmen abarbeiten zu können. Seine Fraktion unterstütze, zumindest vorübergehend, die zweite Stelle in der Wirtschaftsförderung. Die dort gut geleistete Arbeit und die vielen Kontakte müssten weiter ausgebaut werden. Wichtig sei auch, dass die Arbeitsplätze modern und zeitgemäß ausgestattet seien. Aus diesem Grund sei es zwingend notwendig, den Neubau des Stadthauses voranzubringen. Seine Fraktion hätte sich bereits in diesem Doppelhaushalt einen realistischen Betrag für die Planungskosten gewünscht. Spätestens im nächsten Nachtragshaushalt solle dieses berücksichtigt werden. Herr Thöle führt weiter aus, dass Melle eine Flächenstadt sei und es neben den Stadtteilen auch wichtig sei, das Zentrum zu stärken. Notwendig sei zudem, einen leistungsstarken Internetausbau flächendeckend zu realisieren. Auch in ländlichen Bereichen sei es ebenso wichtig wie in Städten, eine schnelle Datenverbindung nutzen zu können. Er begrüßt die angekündigte Senkung der Kreisumlage und dankt in diesem Zusammenhang Bürgermeister für sein Engagement als Verhandlungsführer der Städte und Gemeinden des Landkreises Osnabrück. Abschließend unterstreicht Herr Thöle, dass in den Konsensgesprächen zum Haushalt 2019/2020 sachlich und fair um die unterschiedlichen Wünsche gerungen worden sei und er bedanke sich hierfür bei allen Beteiligten. Seine Fraktion hoffe weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit mit allen Ratsmitgliedern und der Verwaltung.

Herr Spiekermann teilt beginnend mit, dass er begrüße, dass im Haushaltsentwurf die Notwendigkeit der Senkung der Kreisumlage um 3,0 Punkte eingearbeitet worden sei. Es sei nicht in Ordnung, dass der Landkreis Osnabrück sich in den letzten Jahren zu Lasten der Kommunen entschuldet habe und die Senkung der Kreisumlage könne nur der Anfang weiterer Entlastungen für die Kommunen sein. Man brauche eine stetige mittel- und langfristige Entlastung, um z. B. die Unterhaltung der Kitas gut finanzieren zu können. Jährlich müsste ein Betrag von ca. 10,0 Mio. € durch die Stadt Melle für die Kitas zur Verfügung gestellt werden. Eigentlich müsse nach dem Konnexitätsprinzip gehandelt werden und das Land Niedersachsen den Kommunen den Einnahmeausfall durch die nicht mehr erhobenen Elternbeiträgen ausgleichen. Aber auch hier übernehme die Stadt Melle ein nicht unerhebliches Defizit. Dieses übernehme man gerne, um den Kindern eine gute Entwicklung zu ermöglichen. Allerdings fehlten dadurch Beträge für die Finanzierung anderer Projekte. Herr Spiekermann betont, dass die erarbeiteten Eckwerte gut in dem Verwaltungsentwurf des Haushaltes 2019/2020 aufgenommen worden seien. Insbesondere sei man im Bereich des Gebäudemanagements ein großes Stück voran gekommen. Die vielen anstehenden Aufgaben könnten geplant und in einem angemessenen Zeitraum realisiert werden. Durch die Neuausrichtung der Wohnungsbau Grönegau GmbH sei es möglich, dass diese sich stärker um notwendigen bezahlbaren Wohnraum kümmere. Hier seien jedoch noch viele finanzielle Mittel notwendig. Herr Spiekermann merkt an, dass man im Bereich der Straßeninstandhaltung und -sanierung derzeit noch nicht so gut aufgestellt sei. Bis vor einer Woche habe auf der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung der Antrag seiner Fraktion zur Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung gestanden. Da hier jedoch noch interner Diskussionsbedarf angemeldet worden sei, werde dieser Antrag in der nächsten Ratssitzung behandelt. Man benötige auch im Bereich von Straßensanierungs- und ausbaumaßnahmen eine Prioritätenliste und eine transparente Beurteilung der Straßen und ihres Unterbaus. Die hierfür erforderlichen Mittel für notwendigen externen Sachverstand seien allerdings im Doppelhaushalt 2019/2020 noch nicht abgebildet worden. Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag für den Doppelhaushalt 2019/2020 zu.

Herr Gieshoidt teilt mit, dass er dem Haushalt zustimmen werde. Er gibt zu bedenken, dass es enttäuschend und unbefriedigend sei, dass in Wellingholzhausen der Endausbau der Straße "Brokamp" nicht sofort in Angriff genommen werden könne. Hier spielen u. a. auch die Themen Entwässerung und Gewerbeentwicklung eine Rolle. Er bittet darum, dass eine Abarbeitung nach Beseitigung der Probleme so schnell wie möglich erfolge. Positiv sei die Entwicklung bezüglich des Feuerwehrhauses und der Erweiterung der Kita Sonnenblume in Wellingholzhausen zu sehen. Spätestens im Jahr 2020/2021 solle dann auch der Straßenendausbau "Brokamp" angegangen werden. Im Haushalt 2019/2020 seien viele wichtige Punkte aufgenommen worden.

Bezüglich der Mittel für die Familienzentren teilt Herr Gieshoidt mit, dass diese ungerecht seien. Die Arbeit in den Familienzentren sei gut und richtig. Jedoch würde dieses auch von den anderen Kitas geleistet werden. Aus diesem Grund müsste man eigentlich zum Ausgleich den anderen Kitas die gleichen Mittel zur Verfügung stellen. Man nehme diesen Punkt jedoch in Kauf. Abschließend regt Herr Gieshoidt bezüglich eines möglichen Nachtragshaushaltes an, dass mit den evtl. nicht abgerufenen Mitteln aus den nicht geförderten ILE-Projekten ggf. ein Programm für alle Stadtteile aufgelegt werden sollte. Hier gebe es sicherlich überall die Notwendigkeit, kleinere Veränderungen und Verbesserungen durchzuführen.

Herr Boßmann unterstreicht, dass man derzeit die finanziellen Möglichkeiten habe, mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 viele Maßnahmen durchzuführen. Für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Melle gebe es verschiedene Sichtweisen. So sei es für viele notwendig, dass es genügend Kita-Plätze und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder gebe. Es sei außergewöhnlich, dass dieses in Melle geleistet werden könne. Eltern mit schulpflichtigen Kindern sei es hingegen wichtig, dass die Schulen saniert und gut ausgestattet seien. Hier gebe es an einigen Schulen noch einen Sanierungsstau. Auch die Straßensanierung sei für viele Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Thema. Man könne jedoch zusammenfassend

sagen, dass viele Dinge angestoßen und durchgesetzt würden. Kompromisslösungen hätten einen hohen Stellenwert und seien natürlich auch notwendig. Zum Thema "Familienzentren" teilt Herr Boßmann mit, dass diese ebenso wie die Kitas eine wertvolle Arbeit leisteten. Zudem seien die vom Landkreis eingerichteten und finanzierten Familienzentren zertifiziert und die Leistungen vorgegeben. Auch sei es nicht richtig, an dieser Stelle eine Grundsatzdiskussion zu führen, zumal es nur um eine geringe Summe gehe. Natürlich sei es wichtig, dass die Familienzentren auch dauerhaft weiter vom Landkreis unterstützt würden. Abschließend bedankt er sich bei allen Beteiligten für die Erarbeitung und Erstellung des Haushaltes 2019/2020.

Herr Weßler teilt mit, dass es wichtig sei, sich Gedanken über eine mögliche Aufstockung der Stellen der Gemeindearbeiter zu machen. Diese vor Ort tätigen Mitarbeiter prägten das Erscheinungsbild der Stadt Melle maßgeblich mit und man brauche dann nicht auf externe Hilfe zugreifen. Hierüber müsse man in naher Zukunft sprechen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzungen 2019 / 2020 werden auf Basis der nach den Sondierungsgesprächen der Fraktionen geänderten Anlagen beschlossen.

TOP 7 Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2017 - 2023
Vorlage: 2018/0353

Vorsitzender erklärt, dass die vorliegende Informationsvorlage bereits Gegenstand der Beratungen zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt gewesen sei und es keine weiteren Ergänzungen gebe.

Alle anwesenden Mitglieder des Rates der Stadt Melle nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 8 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2017 der
Stadt Melle
Vorlage: 2018/0349

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Kruse dankt dem Rechnungsprüfungsamt für den Bericht des Gesamtabchlusses 2017. Das Ergebnis zeige, dass man gut aufgestellt sei und gut gearbeitet würde.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle nimmt den Konsolidierten Gesamtabchluss 2017 des Konzerns Stadt Melle sowie den Prüfungsbericht über die Prüfung des Abschlusses zur Kenntnis.

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Gesamtabchluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2017 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1).

TOP 9 Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 2018/0356

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Annahme und Vermittlung von Zuwendungen i.S.v. § 111 Abs. 7 NKomVG gemäß der Anlage 1 für die Stadt Melle.

TOP 10 Benennung von hinzugewählten Personen für den
Ausschuss für Bildung und Sport
Vorlage: 2018/0329

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt als Ersatzmitglied für die Vertretung der Schülerinnen und Schüler im Ausschuss für Bildung und Sport, Herrn Emircan Sünnetci (OBS Ratsschule) zu benennen.

Als Vertreter der Erziehungsberechtigten der Meller Schulen im Ausschuss für Bildung und Sport werden als Hinzugewählte Frau Zofia-Halina Heitmann (GS Riemsloh) und als Ersatzmitglied Oliver Rieke (GS Wellingholzhausen) benannt.

TOP 11 Änderung der Richtlinien des Rates der Stadt Melle über die
Ausgabe eines Familienpasses und damit verbundene
Vergünstigungen
Vorlage: 2018/0316

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Grube ergänzt, dass der interfraktionelle Arbeitskreis sich sehr konstruktiv des Themas angenommen habe. Viele Vorschläge und Entwürfe seien diskutiert worden. Man habe Wert darauf gelegt, dass die Kriterien sich innerhalb des Rahmens in Höhe von 90.000,00 € geändert hätten. Sockelbeträge seien erhöht worden und Einkommensgrenzen angepasst worden. Der gesamte Familienpass sei eine hervorragende freiwillige Leistung der Stadt Melle. In diesem Zusammenhang solle in den betroffenen Bereichen Werbung für den Familienpass betrieben werden, damit viele Meller Bürgerinnen und Bürger von den Leistungen Gebrauch machen können.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Den Änderungen der Richtlinien der Stadt Melle über die Ausgabe eines Familienpasses und damit verbundene Vergünstigungen wird zugestimmt.

**TOP 12 Verordnung über den Mindestabstand von Spielhallen
innerhalb der Stadt Melle
Vorlage: 2018/0357**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Reehuis teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme. Diese Vorgehensweise sei eine geeignete Maßnahme, die Spielsuchtgefährdung zu reduzieren. Bei dieser Gelegenheit weise er darauf hin, dass es auch eine Vergnügungssteuersatzung gebe. Hier sei es sinnvoll, im nächsten Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft über die Anpassung der Vergnügungssteuersatzung mit der Zielsetzung, die Steuerbeiträge für Spielgeräte anzuheben, zu sprechen. Dieses sei wichtig, um das Suchtpotential zu mindern. Herr Grube informiert, dass er der Beschlussvorlage zustimme. Er weist jedoch in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es im Bereich der Internetglücksspiele und der Wettbüros einen enormen Anstieg gebe. Daher sei es wichtig, auch Wettbüros in die Maßnahme mit einzubeziehen und dort regulierend einzugreifen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt die Verordnung über den Mindestabstand von Spielhallen innerhalb der Stadt Melle in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

**TOP 13 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Hoyel
Vorlage: 2018/0301**

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Hoyel wird

Herr Werner Rothkopf

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.04.2019 bis zum 31.03.2025

zum Ortsbrandmeister

der Ortsfeuerwehr Hoyel
ernannt.

**TOP 14 Satzung der Stadt Melle über die Erhebung von Gebühren
für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr
außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben
(Gebührensatzung Feuerwehr)
Vorlage: 2018/0293**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Reehuis teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme. Er weist jedoch darauf hin, dass bei dem Moorbrand in Meppen auch Feuerwehrfrauen, -männer und -gerätschaften aus Melle zum Einsatz gekommen seien. Dieser Einsatz sei begrüßenswert. Jedoch erwarte er, dass es darüber eine Abrechnung gebe, da der Brand aus der Verantwortungslosigkeit einer staatlichen Einrichtung entstanden sei.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt die Satzung der Stadt Melle über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Gebührensatzung Feuerwehr) in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Die Kalkulation ist spätestens 2021 zu aktualisieren und ggf. eine Gebührenanpassung vorzuschlagen. Die Gebührenanhebung erfolgt mit dem Ziel, einen strategischen Kostendeckungsgrad von 70% zu erreichen.

**TOP 15 Friedhofssatzung der Stadt Melle
Vorlage: 2018/0295**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Walkenhorst informiert, dass im Rahmen der Beratungen die Frage aufgekommen sei, ob sich die Regelung zur Verwendung von Naturstein, der nicht durch Kinderarbeit gewonnen und hergestellt worden seien, nur auf Grabmale beziehe. Mittlerweile sei geklärt worden, dass es hierbei um Grabmale und baulichen Anlagen gehe und die Satzung nun regelt, dass sämtliche Natursteine, die auf den Gräbern verwendet werden, dem Verbot der Kinderarbeit unterliegen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt die Friedhofssatzung der Stadt Melle in der als Anlage 1 beigefügten Fassung. Sie tritt am 01.01.2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofssatzung vom 08.07.2015 außer Kraft (Anlage 2).

**TOP 16 Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der
Stadt Melle
Vorlage: 2018/0345**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Kruse ergänzt, dass im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft besprochen worden sei, dass eine regelmäßige Anpassung der Friedhofsgebühren sinnvoll sei. Ein Arbeitskreis werde sich zudem mit der Veränderung der Bestattungskultur beschäftigen. Dieses sei wichtig, da es auch darum gehe, die Friedhöfe wirtschaftlich zu betreiben.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die im Entwurf beigefügte „Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Melle mit Gebührentarif“ (Anlage 5) wird als Satzung beschlossen.

Die Planungsrechnung des Gebührenhaushaltes „Friedhöfe“ ist jährlich zu aktualisieren. Die Gebührenhöhe wird jährlich neu festgelegt, mit dem Ziel die strategischen Kostendeckungsgrade zu erreichen bzw. beizubehalten.

**TOP 17 Satzung der Stadt Melle über die Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen (Hauskläranlagen und abflusslosen Sammelgruben) für das Kalenderjahr 2019
Vorlage: 2018/0347**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Entwurf beigefügte „Satzung der Stadt Melle über die Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) für das Kalenderjahr 2019“ wird als Satzung beschlossen.

Die Benutzungsgebühr für die Entsorgung des Fäkalschlammes aus Hauskläranlagen verbleibt im HH-Jahr 2019 wie im Vorjahr bei 43,20 Euro je cbm Abwasser. Der Gebührensatz für die Entsorgung des Abwassers aus abflusslosen Gruben für das HH-Jahr 2019 wird ebenfalls unverändert auf 24,20 Euro je cbm Abwasser festgesetzt.

**TOP 18 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung für das Kalenderjahr 2019
Vorlage: 2018/0346**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Kruse ergänzt, dass im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft die Frage besprochen worden sei, welche Straßen gereinigt würden und ob es ggf. möglich sei, weitere Straßen aufzunehmen.

Herr Wüsthube teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Bei einer Straßengrundstücksfront von 20 Metern käme es nur zu einer Mehrbelastung von 4,00 € pro Jahr. Die Straßenreinigung und somit die Gebühr falle nur in Melle-Mitte und dort im Zentrum an. Der Grund sei wohl, dass hier die Straßen in einigen Bereichen stärker befahren würden und somit den Bürgerinnen und Bürgern die Reinigung nicht zugemutet werden könnte. Er stellt fest, dass die Satzung aus dem Jahr 1975 sei und nachgebessert werden sollte. Herr Wüsthube betont, dass es auch in den Stadtteilen Straßen gäbe, die stark befahren würden. Auch müsse überlegt werden, wie man mit Veränderungen im Straßenverlauf, wie z. B. 30er Zonen und Fußgängerzonen, umgehe. Auch würden derzeit Straßen gereinigt, die nicht in der Satzung aufgeführt seien. Er bittet darum, dass es im zuständigen Fachausschuss hierzu Erläuterungen gebe.

Herr Hunting informiert, dass in der Vergangenheit bereits im Fachausschuss sowie in den Ortsräten nachgedacht worden sei, ob noch weitere Bereiche in die Satzung aufgenommen werden sollten. Im Ortsrat Buer sei jedoch zum Ausdruck gebracht worden, dass die Bürgerinnen und Bürger die Straßen selber fegen wollen. Er halte es aber für richtig, das Thema im Fachausschuss und den Ortsräten nochmal anzusprechen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die im Entwurf beigefügte „Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung für das Kalenderjahr 2019“ wird als Satzung beschlossen. Der Gebührensatz für das Kalenderjahr 2019 wird von 1,64 Euro je lfd. Meter Straßengrundstücksfront um 0,20 Euro erhöht und auf 1,84 Euro je lfd. Meter Straßengrundstücksfront festgesetzt.

**TOP 19 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die Benutzung der Stadtentwässerung für das Kalenderjahr 2019
Vorlage: 2018/0348**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Entwurf beigefügte „Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die Benutzung der Stadtentwässerung für das Kalenderjahr 2019“ wird als Satzung beschlossen.

Die Kanalbenutzungsgebühr wird für das HH-Jahr 2019 von 2,80 Euro je cbm Abwasser um 0,10 Euro auf 2,70 Euro je cbm Abwasser gesenkt.

Der Beitragssatz zur Deckung des Aufwandes für die zentrale Schmutzwasserkanalisation pro qm Beitragsfläche – Vollgeschossmaßstab – wird für das HH-Jahr 2019 von 9,04 Euro um 0,14 Euro erhöht und auf 9,18 Euro festgesetzt. Der Beitragssatz zur Deckung des Aufwandes für die zentrale Niederschlagswasserkanalisation pro qm Beitragsfläche - Grundstücksflächenmaßstab – wird für das HH-Jahr 2019 von 3,02 Euro um 0,10 Euro erhöht und auf 3,12 Euro angepasst.

Herr Hensiek nimmt im Zuschauerbereich Platz.

**TOP 20 Wohnbauentwicklung Neue Mitte – Nord und Neubau eines Jugendzentrums
a) Projektleitung für die Entwicklung der Wohnbebauung
b) Beauftragung zur Entwicklung eines Jugendzentrums nebst bezahlbarem Wohnraum
Vorlage: 2018/0359**

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Hövel teilt mit, dass der vorliegende Beschlussvorschlag wichtig sei, da die Schaffung von Wohnraum und der Bau des neuen Jugendzentrums voran gebracht werden müsse. Bezüglich des Jugendzentrums sei eine ausführliche Standortdiskussion geführt worden und es sei entschieden worden, dass das Jugendzentrum wieder am alten Standort als Teil des Sanierungsgebietes “Melle – Neue Mitte Nord” entstehen solle. Das Sanierungsgebiet “Melle - Neue Mitte Nord” sei ein bedeutendes Projekt, welches das Gesicht der Stadt Melle beeinflusse und mitgestalte. Zudem werde es mit mehr als 10,0 Mio. € Fördermittel gefördert. Wichtig seien nun gute Abstimmungen aller Beteiligten und eine zügige Bearbeitung. Frau Hövel betont, dass sie sich als Ortsbürgermeisterin Melle-Mitte besonders

freue, dass ein breit gefächertes Wohngebiet entstehe. Auch für die anderen Stadtteile sei es das Ziel, angemessenen Wohnraum zu schaffen. Auch eine attraktive Innenstadt wie z. B. im Bereich Markt/Haferstraße sei wichtig. Man gebe heute ein gutes Signal für die Gesamtentwicklung der Stadt Melle.

Frau Dettmann betont, dass ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme. Sie merkt an, dass man sich viele Diskussionen zum Standort des Jugendzentrums hätte ersparen können. Es sei sehr begrüßenswert, dass im Bereich "Melle – Neue Mitte Nord" neuer vielfältiger Wohnraum entstehe und für alle Bevölkerungsschichten zur Verfügung stehe. Sie hoffe, dass gerade für das Jugendzentrum ein Bezug Ende 2021 möglich sei, denn gerade bei der Übergangslösung seien die Mitarbeiter besonders gefordert.

Herr Grube teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme. Wichtig sei, dass nach vielen Beratungen das Jugendzentrum nun an dieser Stelle neu errichtet werde. Dieses sei ein gutes Signal für Verlässlichkeit. Auch städtebaulich sei man hinsichtlich des zu schaffenden Wohnraums dann gut aufgestellt.

Herr Reehuis unterstreicht, dass man in der Stadt Melle in der glücklichen Lage sei, eine eigene Wohnungsbaugesellschaft zu haben. So könne man aktiv in den Wohnungsmarkt eingreifen. Man habe sich bereits verständigt, dass hier eine Sozialquote von 20 % in der Wohnungsbauentwicklung berücksichtigt werden solle. Da es um ein Projekt in Millionenhöhe gehe und das Eigenkapital der Wohnungsbau Grönegau GmbH nicht ausreichen werde, sei eine Nachkapitalisierung von Seiten der Stadt Melle notwendig. Hierzu lägen heute noch keine exakten Zahlen vor. Wichtig sei, das Projekt voranzutreiben und gemeinsam zu planen. Auch das Jugendzentrum müsse hier eingebunden werden. Abschließend teilt er mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Stadt Melle und die Wohnungsbau Grönegau GmbH werden die Entwicklung der Wohnbebauung und der Errichtung und baulichen Unterhaltung des Jugendzentrums im Sanierungsgebiet „Melle - Neue Mitte Nord“ unter Berücksichtigung nachfolgender Eckpunkte kooperativ realisieren:

1. Die Wohnungsbau Grönegau GmbH übernimmt die Projektleitung für die Entwicklung der Wohnbebauung im Sanierungsgebiet „Melle - Neue Mitte Nord“. Die Steuerung des Prozesses der städtebaulichen Sanierung (Projektpläne, Controlling, Überwachung der Förderbedingungen) obliegt der Stadt Melle.
2. Die Stadt Melle und die Wohnungsbau Grönegau GmbH entwickeln in enger Abstimmung den Bau eines Jugendzentrums entsprechend der seitens der Stadt Melle beschlossenen Anforderungen sowie Mietwohnungen im Sanierungsgebiet „Melle - Neue Mitte Nord“, Baufeld 1. Über die Planungen (z.B. Grundrisse, Ansichten, Technische Gebäudeausrüstung) ist das Einvernehmen zwischen Stadt Melle und Wohnungsbau Grönegau GmbH herzustellen.

Einzelheiten sind durch Vertrag zu regeln, dessen Beschlussfassung durch den Verwaltungsausschuss im 1. Quartal 2019 erfolgt.

Herr Hensiek nimmt wieder an der Sitzung teil.

**TOP 21 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich
"Sandhorst", Melle-Bruchmühlen
Beschluss über die Abwägung
Feststellungsbeschluss
Vorlage: 2017/0203**

Herr Clodius erläutert die Beschlussvorlagen zu TOP 21 (Vorlage 2017/0203) und TOP 22 (Vorlage 2018/0203) anhand einer Präsentation (s. Anlage 2).

Herr Uffmann ergänzt, dass mit den vorliegenden Beschlussvorlagen ein langjähriger Prozess zu Ende gebracht werde. Es hätten sehr intensive Diskussionen zu diesem Thema stattgefunden. Sowohl von Gewerbetreibenden wie auch von diversen Anwohnern seien Eingebungen gemacht worden. Es sei gut, dass mit anwaltlicher Unterstützung konkrete Dinge festgeschrieben worden seien. Er unterstreicht, dass es wichtig sei, die konkreten Forderungen des städtebaulichen Vertrages und die Baugenehmigungen effektiv umzusetzen. Nur so erreiche man auf Dauer eine Akzeptanz in der Nachbarschaft.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Abwägung wird, wie in den Anlagen 1a und 1b dargestellt, beschlossen.

Die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Sandhorst“, Melle-Bruchmühlen wird beschlossen.

Die Änderung ist dem Landkreis Osnabrück gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.

**TOP 22 Bebauungsplan Sandhorst I - Änderung und Erweiterung
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 2018/0203**

Erläuterungen s. TOP 21

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Abwägung gemäß §§ 3 Abs. 1, 2; 4 Abs. 1,2; 4a Abs. 3 wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Sandhorst I – Änderung und Erweiterung“ wird als Satzung beschlossen.

Der städtebauliche Vertrag wird beschlossen.

**TOP 23 Festsetzung der Abgaben für die Benutzung der
Wasserversorgungseinrichtungen im Kalenderjahr 2019
Vorlage: 2018/0311**

Herr Clodius erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Lütkemeyer weist ergänzend darauf hin, dass in der Beratung im Betriebsausschuss deutlich geworden sei, dass die Senkung der Wasserbenutzungsgebühr nicht von Dauer sein werde, da für die nächsten Jahre größere notwendige Investitionen in die Infrastruktur geplant seien.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die Benutzung der Wasserversorgungseinrichtungen für das Kalenderjahr 2019 wird in der anliegenden Form beschlossen.

**TOP 24 Wirtschaftsplan des Wasserwerks für die Jahre 2019 und 2020
Vorlage: 2018/0312**

Herr Clodius erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Weißler merkt an, dass in der Sitzung des Ortsrates Gesmold betroffene Bürger die schlechte Trinkwasserqualität ihrer Brunnen angesprochen hätten. Ggf. sei es zukünftig nötig, dass diese auf die städtische Wasserversorgung zugreifen können. Um überall eine Versorgung mit städtischem Wasser zu ermöglichen, sei es sinnvoll, hier mit einer Erhebung mögliche Bedarfe festzustellen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle setzt den Wirtschaftsplan des Wasserwerks für die Jahre 2019 und 2020 wie folgt fest:

 Ia. Erfolgsplan 2019

Erträge		3.174.600 EUR
Aufwendungen	2.972.400 EUR	
Jahresüberschuss	202.200 EUR	

 Ib. Erfolgsplan 2020

Erträge		3.169.800 EUR
Aufwendungen	3.012.500 EUR	
Jahresüberschuss	157.300 EUR	

 IIa. Vermögensplan 2019

Benötigte Mittel		982.000 EUR
Vorhandene bzw. zu beschaffende Mittel	982.000 EUR	

 IIb. Vermögensplan 2020

Benötigte Mittel		970.000 EUR
Vorhandene bzw. zu beschaffende Mittel	970.000 EUR	

 III. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die in den Wirtschaftsplänen 2019 und 2020 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird hiermit auf jeweils 250.000 EUR festgesetzt.

 IV. Kreditaufnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird für 2019 und 2020 auf jeweils 0 EUR festgesetzt.

V. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird für 2019 auf 1.000.000 EUR und für 2020 auf 50.000 EUR festgesetzt.

VI. Stellenübersicht

Die Stellenübersichten der Jahre 2019 und 2020 werden in der vorliegenden Form beschlossen.

TOP 25 Wünsche und Anregungen

- Herr Ballmeyer teilt mit, dass er sich für die vielen Genesungswünsche anlässlich seiner Krankheit bei allen bedanke.

- Herr Linnemann betont hinsichtlich des TOP 9 (Annahme von Zuwendungen) der heutigen Sitzung, dass er bei diesem nicht anwesend gewesen sei. Es sei ihm jedoch wichtig, dass er persönlich über die Annahme oder Ablehnung einer Zuwendung entscheiden könne. Herr Hensiek erklärt, dass aus diesem Grund die entsprechende Vorlage allen Ratsmitgliedern vorgelegt worden sei und diese die Entscheidungshoheit hätten. Über die Zuwendung werde man erst verfügen, wenn die Zusage des Rates bzw. des Verwaltungsausschusses vorliege. Sollte eine mehrheitliche Ablehnung erfolgen, werde die Zuwendung zurückgegeben.

Vorsitzender dankt allen Anwesenden für das Interesse. Er wünscht eine schöne Weihnachtszeit, alles Gute für das Jahr 2019 und schließt die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle.

gez. M. Stakowski
01.02.2019

Vorsitzender
(Datum, Unterschrift)

gez. R. Scholz
31.01.2019

Bürgermeister
(Datum, Unterschrift)

gez. K. Lehnig
30.01.2019

Protokollführerin
(Datum, Unterschrift)